

Apropos 53:

Warum die Einkommenssteuer nicht gerecht ist

«Investmentbanker sind verlogene, arrogante Selbstdarsteller, die ihre Liebe zum Geld über alles andere stellen und sich selbst verkaufen», heißt es im soeben erschienenen Buch *Die Gier war grenzenlos*¹ der Börsenhändlerin Anne T.; das ist das Pseudonym einer Frau, die zehn Jahre als Derivatebrokerin gearbeitet hat. Die Verlogenheit zeige sich «vor allem gegenüber den Kunden. Man spielt ihnen Interesse vor und heuchelt Freundschaft und Verantwortungsgefühl, dabei geht es nur darum, ihnen möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen. Nach außen geben die meisten den seriösen, verantwortungsvollen Banker, dabei geht es allen nur um die Kohle.»

Die Gier nach Geld und Macht

Die Brokerin hält weiter fest: «Das ganze System hat nur funktioniert, weil jeder Neuankömmling von Anfang an darauf getrimmt wurde, Geld über alles andere zu stellen. Die Sucht, Geld zu verdienen, gehört in den Handelsräumen zur Kultur und wird von den Chefs gefördert. (...) Je süchtiger der einzelne Banker nach Geld ist, desto mehr wird er versuchen, für seinen Arbeitgeber einen möglichst hohen Gewinn einzufahren, denn danach bemisst sich sein Bonus. Je mehr Risiken er eingeht, desto höher fällt der potentielle Gewinn aus – und damit auch sein Gehalt. Der Kampf um die Boni ist alles, was für einen Investmentbanker zählt, das ist wie ein Sport.» Dazu kommt ein großer Machtwahn: «Im Investmentbanking haben die Derivatebroker zur Elite gehört, weil sie mit den komplexesten Produkten zu tun hatten. Ich fand es toll, zum Kreis dieser Finanzelite zu gehören, die in der Woche mit Millionen handelt. Verantwortung für so viel Geld zu haben verleiht einem ein unglaubliches Machtgefühl. Auch der luxuriöse Lebensstil trägt dazu bei, dass man sich schnell zur Gewinner-Elite zählt.» Schuldgefühle entstanden dabei keine: «Wir haben ja nur die Vorgaben des Vorstands (der Geschäftsführung. B.B.) umgesetzt. Ich fand es allerdings unglaublich, wie sehr die Privatanleger ausgenommen wurden. Das lag vor allem an der Provisionsstruktur. Ich habe meinen Bekannten immer geraten, die Finger von solchen konstruierten Finanzprodukten zu lassen.»²

Die Klappe des Buches bringt das Problem auf den Punkt: «Hirnforscher haben herausgefunden, dass die Gier nach Geld ein ähnliches Suchtpotential aufweist wie Kokain oder Sex. Den Brokern in den Handelsräumen der Börsen und Banken ist das seit langem be-

kannt. Sie sagen sogar, es ist besser als Sex, mit mehreren hundert Millionen Euro zu spekulieren – und dabei selbst Millionen zu verdienen.» Die Autorin Anne T. arbeitet immer noch in der Finanzbranche, aber nicht mehr als Brokerin. «Vor allem trinke ich in meinem jetzigen Job sehr viel weniger Alkohol als früher.»

Finanzminister: Wasser predigen, Wein trinken

Nach dem weltweiten Crash ist das Problem vermutlich kleiner, aber aussterben werden die Broker nicht. Zudem sind nicht nur Investmentbanker anfällig für die geschilderten Verlockungen, wie das Beispiel der Deutschen Postbank zeigt. Der Vorstand der Bank, die bis 2010 zu 50% plus eine Aktie von der Deutschen Bank übernommen haben wird, hat für letztes Jahr eine «Sonderzahlung» («Bonus») von fast 12 Millionen Euro erhalten, obwohl für 2008 ein Verlust von 821 Millionen Euro ausgewiesen werden musste. Noch am 19. Februar 2009 betonte Postbank-Vorstandschef Wolfgang Klein auf der Bilanzpressekonferenz die Konsequenz dieses riesigen Verlustes: «Für den Postbank-Vorstand wird es keinen Bonus geben». Der Verzicht stieß allseits auf großes Lob. Doch am 9. März erschien der Geschäftsbericht für 2008; und da geht aus Seite 50 hervor, «dass dem Vorstand sehr wohl Bonuszahlungen zugesichert wurden. Und wie: Allein für Bankchef Wolfgang Klein liegen 2,4 Millionen Euro auf einem eigens eingerichteten Sonderkonto bereit – zusätzlich zu seinem Grundgehalt von 875 000 Euro. Insgesamt wurden vom Aufsichtsrat Sondergelder in Höhe von 11,9 Millionen Euro genehmigt, um die zehn Postbank-Vorstände trotz des Teilverkaufs an die Deutsche Bank zum Bleiben zu bewegen. «Halteprämien», sagt man im Bankenjargon dazu.»³ Nun ging ein Aufschrei der Empörung durch Deutschland. Als besonders pikant wurde empfunden, dass im Postbank-Aufsichtsrat Vertreter aus dem Haus des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) sitzen, denn gerade die SPD hat die Debatte gegen hohe Managergehälter und Boni forciert. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß monierte: «Eine solche Sache beschädigt die Glaubwürdigkeit der gesamten Bemühungen, die in vielen Fällen ungerechtfertigten Bezüge einzudämmen.» Der haushaltspolitische Sprecher der CDU, Steffen Kampeter, griff den Finanzminister direkt an: «Während Steinbrück Wasser predigt, organisieren seine Mitarbeiter den Wein für die Manager»⁴. Die

Empörung ist in Deutschland inzwischen so groß, dass Postbankchef Klein zu einem drastischen Schritt bereit ist, um die Gemüter zu beruhigen: «Wenn der Aufsichtsrat es will, arbeite ich 2009 auch für ein Jahresgehalt von einem Euro.»⁵

Der Bankier und der Wucherer

Das alles kann eigentlich den nicht verwundern, der das «Geheimnis» zur Kenntnis genommen hat, auf das – wie in dieser Kolumne schon einmal ausgeführt wurde⁶ – Rudolf Steiner hingewiesen hat, auf das Geheimnis nämlich, das «die neuere Menschheit ebenso sorgfältig (...) gehütet hat, wie gewisse Geheimgesellschaften ihre ›Zeichen‹ und ›Worte‹ gehütet haben»: dass nach dem «alten Priestertypus» und dem «ökonomischen Typus» (seit der Reformation) der Bankier die Herrschaft über die Menschheit übernommen hat. Mit verblüffenden Worten hat Steiner in einem Vortrag zum «sozialen Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis» festgehalten: Im ersten, zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurde «maßgebend der Wucherer, will sagen: der Bankier. Wenn Sie nämlich eine sachgemäße Definition suchen würden des Bankiers, dann wird die Geschichte außerordentlich brenzlich. Wenn man (...) aus wirklich sozial-ökonomischen Untergründen heraus eine Definition aufstellt (...) des Bankiers, des großen und des kleinen, dann soll man nur ja nicht gleichzeitig suchen nach einer Definition des Wucherers. Denn diese beiden Definitionen werden einander gleichen; sie können nur sich einander gleichen.» Vielleicht hat Steiners Hinweis 1919 noch Staunen ausgelöst, heute ist aber für jeden sichtbar geworden: «Der Bankier wurde der Herrschende», der nun «im weiteren Umfange auf alles, was als soziale Struktur sich herausstellt, auf alle Gesetze der Länder und so weiter seinen maßgebenden Einfluss ausübt». Deshalb gilt: «Es ist sehr wichtig, diese Verhältnisse zu durchschauen. (...) Und man kann nicht die öffentlichen Angelegenheiten der zivilisierten Welt in der neuesten Zeit verstehen, wenn man nicht in ihnen eine Geschichte der Herrschaft des Bankierwesens sieht.»⁷

Verblüffende Symbiose zwischen den USA und China

Die Herrschaft des Bankierwesens (mit den geschilderten Gier- und Wucherermomenten) hat in den letzten Monaten die Wirtschaft weltweit in den Abgrund gerissen – und zwar so, dass zurzeit ein veritabler Wirtschaftskrieg tobt, auch wenn dieser von einzelnen Akteuren hinuntergespielt wird. Dieser zeigt Auswirkungen etwa in der verblüffenden Symbiose zwischen den USA und China: «Die beiden Länder sind wegen der Dimension der finanziellen Verbindungen voneinander

abhängig. (...) China gilt als der größte Gläubiger der USA und hat Hunderte von Milliarden Dollar in amerikanischen Staatspapieren angelegt.» Darum hat die neue amerikanische Außenministerin Hillary Clinton kürzlich bei ihrem ersten Chinabesuch gesagt, «China und Amerika würden zusammen aufsteigen oder zusammen fallen. Die Chinesen als Gläubiger sind nur beschränkt in einer besseren Lage als der Schuldner, da ein allfälliger Rückzug als Financier Amerikas den Wert der eigenen Anlagen in Dollarpapieren stark beeinträchtigen könnte.»⁸ Dazu kommt: China und Amerika stoßen «weltweit die meisten Treibhausgase aus. Eine Kooperation zwischen den beiden Staaten in der Wirtschaftskrise und dem Klimaschutz sei deshalb ›zwingend notwendig‹, sagte Frau Clinton» in Peking.⁹ Auf diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die Menschenrechtsproblematik in China für die USA plötzlich nicht mehr so wichtig ist: Vor ihrer Ankunft in Peking hatte Frau Clinton erklärt, «sie wolle Themen wie Menschenrechte, Tibet und Taiwan zwar ansprechen, diese sollten die Diskussion über die Wirtschaftskrise, Sicherheitsfragen und den Klimawandel aber ›nicht beeinträchtigen‹» – was NGOs wie Amnesty International und Human Rights Watch «schockiert und äußerst enttäuscht» hat.

Ein veritabler Wirtschaftskrieg

Nun redet man in den USA selber von einem Wirtschaftskrieg, obwohl er ja eigentlich dort seinen Ursprung hat: In der NBC-Fernsehsendung «Meet the Press» nannte Christina Romer, die den Rat der Wirtschaftsberater von Präsident Barack Obama leitet, die gegenwärtigen Vorgänge einen «Krieg an der Wirtschaftsfront». «Wir haben noch nicht gewonnen. Wir haben uns nur wunderbar auf dem Schlachtfeld geschlagen», sagte sie. Sie schloss sich dabei der Wortwahl des «Investment-Experten» Warren Buffett (der von anderen als Super-Spekulant titulierte wird) an, der die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme der USA als «Wirtschaftskrieg» bezeichnet hatte.¹⁰

Der erste, der in den letzten Wochen von «Wirtschaftskrieg» sprach, war Eugen Haltiner, der Präsident der Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma), nachdem er zulassen musste, dass US-Behörden mit einer Erpressung den schweizerischen Rechtsstaat aushebelten: «Wir befinden uns in einem Wirtschaftskrieg, der eben erst begonnen hat», sagte er im Schweizer Fernsehen. «Die Schweiz ist ein dankbares Opfer, weil sie klein und schlecht vernetzt ist.» Mit dem Argument «rechtfertigte er indirekt das Vorgehen seiner Behörde, die dem amerikanischen Fiskus Kontodaten amerikanischer UBS-

Kunden aushändigte, ohne dass diese Gelegenheit hatten, die ihnen gesetzlich zustehenden Rechtsmittel zu ergreifen. Finma und Bundesrat seien gegen die ›Rambo-Methoden‹ der US-Justiz machtlos gewesen¹¹. Dass gerade die Schweiz so unter Beschuss kam, hängt damit zusammen, dass sie neben New York und London einer der größten Finanzplätze der Welt ist. Mit solchen Attacken kann man diesen Platz schwächen und New York und London besser positionieren.

Was dahinter steckt

Vordergründig geht es um ein gravierendes Fehlverhalten einiger UBS-Manager und ums schweizerische Bankgeheimnis. Mit dem eingangs geschilderten Gier(an)trieb haben einige Manager der UBS, der größten Schweizer Bank und eines der größten Institute der Welt, amerikanischen Anlegern dazu verholfen, US-Recht zu brechen, um Steuern zu sparen. Die Sache ist inzwischen so geregelt, dass die UBS eine Buße von 780 Mio. Dollar bezahlen muss. Die USA fordern aber darüber hinaus die Offenlegung von Bankkundendaten. Dem stehen jedoch das schweizerische Bankgeheimnis und Staatsverträge entgegen. Die Schweiz unterscheidet – theoretisch nachvollziehbar – zwischen ›Steuerbetrug‹ und ›Steuerhinterziehung‹. Wer Steuerangaben, Belege und Unterlagen fälscht, begeht Steuerbetrug, der mit Gefängnis bestraft werden kann. Wer ›nur‹ unvollständig deklariert (fahrlässig oder absichtlich), begeht Steuerhinterziehung, die (in der Schweiz) mit Strafsteuern und einer Buße geahndet wird. Steuerbetrug gilt als Verbrechen, da erteilt die Schweiz anderen Staaten Auskunft. Steuerhinterziehung hingegen ist bloß ein Vergehen, eine Ordnungswidrigkeit, da gibt es keine Auskunftspflicht. Wie weit dieser Unterschied in der Praxis nachvollziehbar ist, sei hier dahingestellt. Tatsache ist aber, dass die Schweiz mit den meisten Staaten Verträge hat, in denen dieser Sachverhalt geregelt ist. Verträge kann man ändern, aber man kann sich nicht einfach darüber hinwegsetzen, wie das die USA – zumindest teilweise – getan haben. Besonders pikant ist, dass der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner selber als Steuerhinterzieher enttarnt wurde; das ist der Grund, warum es mehrere Wochen dauerte, bis er vom Senat als Minister bestätigt wurde...

Wie die OECD das Recht bricht

Im Gefolge der USA nahmen auch andere Staaten, insbesondere aus der EU, die Schweiz unter Beschuss, bis die Regierung eine Lockerung des Bankgeheimnisses ankündigen musste, um die schweizerische Wirtschaft zu schützen. Insbesondere wurde die OECD, die Organisa-

tion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in Paris so manipuliert, dass sie heimlich den Entwurf einer ›Schwarzen Liste unkooperativer Länder in Steuersachen‹, sogenannter ›Steuerparadiesen‹, erstellte und die Schweiz darauf setzte – ›völkerrechtswidrig‹, wie die Schweizer Regierung protestiert. Denn die Schweiz ist Mitglied der OECD und hätte zumindest informiert werden müssen. Im Übrigen können Beschlüsse der OECD nur einstimmig gefasst werden. Besonders stoßend ist, dass die schweizerische Wirtschaftsministerin Vizepräsidentin des OECD-Ministerrates ist, so dass die Schweiz eigentlich ›doppelt‹ hätte informiert werden müssen. Es wird interessant sein, zu erfahren, welche Ganoven für diese Rechtsbrüche verantwortlich sind.¹²

Wie weit es auch hier um Sonderinteressen geht, wird sich daran zeigen, wie andere, wirkliche Steuerparadiese angefasst werden – z.B. Monaco, von dem Frankreich (mit dem sowieso nicht glaubwürdigen Schmarotzer Sarkozy) profitiert, die Kanalinseln (etwa Jersey) oder Bermuda, die Großbritannien (mit dem Schlitzohr Gordon Brown) in die Hände spielen. Merkwürdig ist auch die Aussage von Schweizer Beamten, dass aus Deutschland, dessen Finanzminister Steinbrück zu den lautesten Polterern gegen die Schweiz gehört, kaum Gesuche nach Amtshilfe in Steuersachen kämen...

Steuerparadiese in den USA ...

In dieser Diskussion meist vergessen gehen Steuerparadiese in den USA, beispielsweise Delaware: Delaware ist bereits seit Jahren der wirtschaftlich erfolgreichste Bundesstaat der USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahre 2006 USD 59288 (nationaler Durchschnitt der 50 US-Bundesstaaten: USD 37714; nationaler Ranglistenplatz: 1). ›Ein Grund für die wirtschaftliche Stärke Delawares liegt darin, dass dort besonders günstige steuerliche Bedingungen für Holdinggesellschaften herrschen, was dazu führt, dass fast alle großen Firmen der USA in Delaware registriert sind. Infolge des Delaware-Effekts ist Delaware bekannt als Sitz von ca. 620000 Briefkastenfirmen, darunter zahlreichen großen Konzernen. Delaware gilt als Steuerparadies: Neben extrem niedrigen Steuern ist es möglich, (...) anonym Unternehmen zu gründen. Zur Unternehmensgründung ist auch kein Grundkapital erforderlich, und es reicht ein Vorstand aus einer Person. Weite Vorteile für Unternehmen sind, dass Vorstandssitzungen nicht in Delaware stattfinden müssen und dass es keine Publizitätspflicht gibt.‹¹³

Der große Irrtum Einkommenssteuer

Wer Rudolf Steiner ernst nimmt, wird bald merken, dass

die weltweite Aufregung um – angebliche oder wirkliche – «Steuroasen» völlig überflüssig ist, wenn man die Dinge wirklichkeitsgemäß einrichten würde. Er weist zunächst ironisch darauf hin, dass jene, «die da glauben», vom «wirklichen Leben etwas zu verstehen», es für «einen großen Fortschritt» halten, «wenn man von allen möglichen indirekten Steuern oder sonstigen Einnahmen des Staates übergehe zu der sogenannten Einkommenssteuer, insbesondere zu der steigenden Einkommenssteuer. Es denkt heute jeder, es sei selbstverständlich das Gerechte, das Einkommen zu besteuern.» Aber diese Vorstellung ist ein großer Irrtum: «Und doch, so paradox es für den heutigen Menschen klingt, dieser Gedanke, dass man die gerechte Besteuerung durch die Besteuerung des Einkommens erreichen könne, rührt nur von der Täuschung her, die die Geldwirtschaft gebracht hat.»¹⁴

«Geld nimmt man ein. Mit Geld wirtschaftet man. Durch das Geld befreit man sich von der Gedyiegenheit des produktiven Prozesses selbst. Man abstrahiert gewissermaßen das Geld im Wirtschaftsprozess, wie man im Gedankenprozess die Gedanken abstrahiert. Aber gerade so wenig wie man aus abstrakten Gedanken irgendwelche wirklichen Vorstellungen und Empfindungen hervorzaubern kann, so kann man aus dem Gelde etwas Wirkliches hervorzaubern, wenn man übersieht, dass das Geld gewissermaßen bloß eine Art Buchhaltung ist, eine fließende Buchhaltung, dass jedes Geldzeichen stehen muss für irgendein Gut.»

Steiner hält weiter fest: Eine «Zeit, die nur sieht, wie das Geld zum selbständigen Wirtschaftsobjekt wird», muss «in den Geldeinnahmen dasjenige sehen», «was man vor allen Dingen besteuern soll. Aber damit macht man sich ja als der Besteuernde mitschuldig an der abstrakten Geldwirtschaft! Man besteuert, was eigentlich kein wirkliches Gut ist, sondern nur Zeichen für ein Gut. Man arbeitet mit etwas Wirtschaftlich-Abstraktem.»

«Geld wird erst zu einem Wirklichen, wenn es ausgegeben wird»

Entscheidend ist: «Geld wird erst zu einem Wirklichen, wenn es ausgegeben wird. Da tritt es über in den Wirtschaftsprozess, gleichgültig ob ich es für mein Vergnügen oder für meine leiblichen und geistigen Bedürfnisse ausbebe, oder ob ich es in einer Bank anlege, so dass es da für den wirtschaftlichen Prozess verwendet wird. Wenn ich es in einer Bank anlege, so ist es eine Art von Ausgabe, die ich mache – das ist natürlich festzuhalten. Aber Geld wird in dem Augenblicke zu etwas Realem im Wirtschaftsprozess, wo es sich von meinem Besitze ab-

löst, in den Wirtschaftsprozess übergeht. Die Menschen brauchten ja auch nur eines zu bedenken: Es nützt dem Menschen gar nichts, wenn er viel einnimmt. Wenn er die große Einnahme in den Strohsack legt, so mag er sie haben; das nützt ihm gar nichts im Wirtschaftsprozess. Den Menschen nützt nur die Möglichkeit, viel ausgeben zu können.»

Die Einkommenssteuer als Parasit des Wirtschaftsgeschehens

Eine Einkommenssteuer ist für Rudolf Steiner ein Parasit des Wirtschaftsgeschehens: Für «das öffentliche Leben, für das wirkliche produktive Leben ist das Zeichen für viele Einnahmen eben, dass man viel ausgeben kann. Daher muss man, wenn man im Steuersystem nicht etwas schaffen will, was parasitär am Wirtschaftsprozess ist, sondern wenn man etwas schaffen will, was eine wirkliche Hingabe des Wirtschaftsprozesses an die Allgemeinheit ist, das Kapital in dem Augenblicke versteuern, in dem es in den Wirtschaftsprozess übergeführt wird. Und das Sonderbare stellt sich heraus, dass die Einnahmesteuer verwandelt werden muss in eine Ausgabensteuer – die ich bitte, nicht zu verwechseln mit indirekter Steuer. Indirekte Steuern treten in der Gegenwart oftmals als Wünsche gewisser Regierender nur aus dem Grunde hervor, weil man an den direkten Steuern, an den Einnahmesteuern gewöhnlich nicht genug hat. Nicht um indirekte Steuern und nicht um direkte Steuern handelt es sich, indem hier von Ausgabensteuer gesprochen wird, sondern darum handelt es sich, dass dasjenige, was ich erworben habe, in dem Momente, wo es übergeht in den Wirtschaftsprozess, wo es produktiv wird, auch besteuert wird.»

Ausgaben- statt Einkommenssteuer!

Rudolf Steiner präzisiert: «Gerade an dem Steuerbeispiel sieht man, wie ein Umlernen und Umdenken notwendig ist. Der Glaube, dass es auf eine Einnahmesteuer vorzugsweise ankomme, ist eine Begleiterscheinung jenes Geldsystems, das in der modernen Zivilisation seit der Renaissance und Reformation herauf gekommen ist. Wenn man das Wirtschaftsleben auf seine eigene Basis stellt, dann wird es sich nur darum handeln können, dass das, was wirklich wirtschaftet, was darinnensteckt im Produktionsprozess, die Mittel zur Arbeit desjenigen hergibt, was der Gemeinschaft notwendig ist. Dann wird es sich handeln um eine Ausgabensteuer, niemals um eine Einkommenssteuer.»

Mit Blick auf die Politiker hält Rudolf Steiner sodann fest: «Wer heute solche Dinge ausspricht, der weiß ganz gut, dass er Anstoß erregen muss nach links und nach

rechts, dass ihm zunächst kaum irgend jemand Recht geben wird, denn alle diese Angelegenheiten sind untergetaucht in die Sphäre der Parteimeinung. Aber nicht früher ist ein Heil zu erhoffen, bevor diese Angelegenheiten nicht wieder aufsteigen aus dem Gebiete, wo die Leidenschaften der Parteien wüten, in das Gebiet des sachlichen, des wirklich dem Leben entnommenen Denkens. Und das möchte man so gern: dass die Menschen, indem sie der Dreigliederung des sozialen Organismus entgegentreten, nicht urteilen nach Parteischablonen, nach Parteiprinzipien, sondern dass sie zu Hilfe nehmen zu ihren Urteilen den Wirklichkeitsinstinkt.»

Man sieht: Die Sache ist – angesichts unserer Denkgewohnheiten – nicht ganz einfach, wir müssen eben «umdenken» und «umlernen». Klar ist: Statt einer Ein-

kommens- braucht es eine Ausgabensteuer, die aber nicht den Charakter der heutigen Mehrwertsteuer haben kann.

Boris Bernstein

- 1 Anne T.: *Die Gier war grenzenlos. Eine deutsche Börsenhändlerin packt aus*; Berlin März 2009.
- 2 www.faz.net 7.3.2009.
- 3 *Spiegel Online*, 10.3.2009.
- 4 www.faz.net 11.3.2009.
- 5 *Spiegel Online*, 13.3.2009.
- 6 Siehe Apropos 49.
- 7 Rudolf Steiner, GA 191, 19.10.1919.
- 8 *Neue Zürcher Zeitung*, 14.3.2009.
- 9 www.faz.net 21.2.2009.
- 10 AP-Meldung vom 15.3.2009.
- 11 *Börsen-Zeitung*, 26.2.2009.
- 12 www.tagesanzeiger.ch 14.3.2009.
- 13 <http://de.wikipedia.org/wiki/Delaware> (27.2.2009).
- 14 Rudolf Steiner, GA 332a, 25.10.1919.

Hans-Georg Burghardt

ein vornehmer Hüter einer Tonsprache der klassischen Moderne¹

Zum 100. Geburtstag

Hans-Georg Burghardt wurde am 7. Februar 1909 in Breslau geboren. Wie die Mutter berichtete, läuteten zu seiner Geburt die Glocken, es war Sonntag.

Hans-Georg wuchs in einem kunststoffenen Elternhaus auf, wo viel gesungen und musiziert wurde. Der Knabe war vielseitig künstlerisch begabt und legte mit 16 Jahren bereits erste Klavierkompositionen vor. Wenig später kam er durch den dortigen Priester der Christengemeinschaft Rudolf Meyer mit der Anthroposophie in Berührung, was für sein weiteres Leben von entscheidender Bedeutung² wurde.

Das musikalische Rüstzeug in den Fächern Kontrapunkt und Komposition erwarb er sich am Breslauer Tonkünstlerseminar, wobei er seine Bildung durch das Universitäts-Studium (Kunstgeschichte, Philosophie u.a.) erweiterte. Seine pianistische Ausbildung vollendete er bei dem bekannten polnischen Pianisten Bronislaw von Pozniak, der gerne als «Enkelschüler von Chopin» bezeichnet wird. Schon mit 18 Jahren

entwickelte er einen Schaffensplan, den er auch im Alter noch als gültig befand.

Mit 20 Jahren wurde Burghardt Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft. In einem Aufsatz von 1992 schreibt er: «Vor dem allgemeinen Sturz in den Atheismus bin ich durch die Anthroposophie bewahrt worden (...) Es enthüllte sich ein grandioses Weltbild. Dazu kam, dass ich meinen Freund Gerhard Reisch kennenlernte,

einen hervorragenden Kunstmaler und Anthroposophen. In einer Breslauer Ausstellung seiner Bilder begeisterte mich besonders ein großes Michaelsgemälde, das er mir später schenkte und das dann bis zur Zerstörung unseres Hauses im II. Weltkrieg in meinem Zimmer hing. Mehr und mehr erfüllte mich die Tatsache von dem Anbruch eines neuen Michaeli-Zeitalters, wie es Rudolf Steiner verkündet hatte. Da fasste ich den Entschluss, einen Zyklus von Klaviersonaten zu komponieren, der aus dem Michaelsimpuls gestaltet sein sollte (...) Die 1. Klaviersonate (1934) bezeichnete der



Hans-Georg Burghardt als junger Mann